

Kommentare. Berichte. Analysen.

BDS.

www.bds-dgv.de

Dezember 2018

Der Selbständige

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen e.V.

MARITIM
HOTELS
12%
AUF DIE TAGESAKTUELLEN
ÜBERNACHTUNGSPREISE
exklusiv für BDS-Mitglieder
Seite 19



Rainer Brüderle:

„Das Raumschiff Berlin erreicht die Menschen nicht mehr“



BranchenLösungen
leben.

Branchen im Fokus.

Betriebliche Altersversorgung – individuelle Lösungen für Ihre Branche im Fokus.

Sie sind Arbeitgeber?

Und wollen Ihren Arbeitnehmern eine betriebliche Altersversorgung anbieten, die sowohl die Belange Ihrer Branche berücksichtigt als auch attraktiv ausgestaltet ist? Dann entscheiden Sie sich für die Allianz. Gestalten Sie mit uns gemeinsam den perfekten Rahmen für die Vorsorge Ihrer Mitarbeiter.

Sie sind Arbeitnehmer?

Und wollen eine attraktive Betriebsrente? Eines steht fest: Mit der Allianz an Ihrer Seite haben Sie einen starken Partner, der Sie beim Aufbau Ihrer individuellen Altersvorsorge gemeinsam mit Ihrem Arbeitgeber unterstützt.



Alle Vorteile unter:
business.allianz.de/branchenloesungen

Allianz 

Die CDU hat ein Rendezvous mit der innerparteilichen Demokratie

von Dr. Hugo Müller-Vogg

Die CDU ist eine durch und durch demokratische Partei. Sie ist auch eine auf Konsens bedachte Organisation. Wenn sich innerparteiliche Auseinandersetzungen vermeiden lassen, dann tut die Union das meistens auch. Deshalb verlaufen CDU-Bundesparteitage viel harmonischer als solche bei der SPD. Das aber wird Anfang Dezember in Hamburg anders sein. Denn mit drei namhaften Bewerbern um den Parteivorsitz sowie drei unbekannten Außenseitern steht der CDU etwas bevor, was die Partei sonst sorgsam zu vermeiden sucht: eine Kampfabstimmung.

Eine Premiere wäre das nicht. Aber man muss schon bis zum Jahr 1971 zurückgehen, um auf eine vergleichbare Situation zu stoßen. Damals standen sich der Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Rainer Barzel, und der aufstrebende rheinland-pfälzische Ministerpräsident Helmut Kohl im Kampf um die Nachfolge von Kurt-Georg Kiesinger gegenüber. Barzel gewann klar. Doch schon zwei Jahre später gab er nach einer verlorenen Bundestagswahl auf: Der Weg für Kohl war frei.

Fast ein halbes Jahrhundert nach dem „Show down“ zwischen Barzel und Kohl steht wieder eine Abstimmung ins Haus, der ein innerparteilicher Wahlkampf vorausgehen wird. Erfahrungen mit einer solchen Konstellation hat die Partei jedoch keine. Nur eines scheint klar: Die Zeit der Hinterzimmer-Deals dürfte vorbei sein. Die Partei und die Öffentlichkeit verlangen Transparenz. Und die CDU hat plötzlich ein Rendezvous mit der innerparteilichen Demokratie.

Schon werden Stimmen laut, die den Dreikampf zwischen CDU-Generalsekretärin Annegret Kramp-Karrenbauer, Gesundheitsminister Jens Spahn und dem Ex-Fraktionsvorsitzenden Friedrich Merz gleich für einen innerparteilichen Urknall nutzen wollen: einen Mitgliederentscheid über die erste Frau oder den ersten Mann an der Spitze. Ganz unerfahren ist die CDU auf diesem Gebiet nicht. Schließlich haben die beiden größten Landesverbände Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg ihre Spitzenkandidaten schon per Urwahl bestimmen lassen. So



Hugo Müller-Vogg war Mitherausgeber der *FAZ*, *Bild*-Kolumnist und ist heute gefragter Gesprächspartner der Nachrichtensender *n-tv*, *N24* und *Phoenix*

richtig erfolgreich waren sie bei dieser Form der Personalauswahl aber nicht: In NRW stürzte die CDU 2010 mit dem so gewählten Norbert Röttgen ab. Sechs Jahre später fiel die CDU mit dem von der Basis gekürten Guido Wolf in Baden-Württemberg auf Platz zwei hinter die Grünen zurück.

Es sind weniger diese Erfahrungen, die jetzt eine Wiederholung auf Bundesebene wenig wahrscheinlich machen. Viel wichtiger ist, dass das Parteiengesetz einer Urwahl entgegensteht. Es schreibt nämlich zwingend vor, dass der Vorstand von einem Parteitag zu wählen ist. Andererseits ist laut Satzung der Bundes-CDU eine Mitgliederbefragung möglich. Deren Votum wäre für den Bundesparteitag jedoch nicht bindend. Den Delegierten fiel es freilich schwer, sich über das Mitgliedervotum hinwegzusetzen. Aber rechtlich ausgeschlossen wäre das nicht.

Wollte die CDU dennoch ihre Mitglieder auf diese Weise in die Entscheidung miteinbeziehen, müsste der Parteitag wohl auf Januar oder Februar nächsten Jahres verschoben werden. Denn die Organisation einer Mitgliederbefragung braucht Zeit. Eine sol-

che Hängepartie wird sich die Partei nicht zumuten. Solange nicht geklärt ist, wer künftig an der Spitze steht, wirkt sich das auch lähmend auf die Arbeit der Großen Koalition aus.

Es spricht deshalb alles dafür, dass die CDU sich für einen Mittelweg entscheidet – für ein Schaulaufen der Kandidaten auf mehreren Regionalkonferenzen. Dort hätte dann jedes Mitglied die Möglichkeit, sich selbst einen Eindruck von den potentiellen Merkel-Nachfolgern zu verschaffen. Das sorgt für Transparenz, aber nicht für echte Mitbestimmung. Da kann der eine oder andere Bewerber auf einer Regionalkonferenz noch so umjubelt werden: Die Entscheidung fällen allein die 1001 Delegierten auf dem Bundesparteitag in geheimer Wahl. Allerdings gilt auch: Wenn der eine oder die andere bei der Parteibasis besonders gut ankommt, kann das die Delegierten durchaus beeinflussen.

Drei hochkarätige Bewerber, das allein wäre für eine Partei wie die CDU schon Neuerung genug. Hinzu kommen noch drei andere Kandidaten, die ursprünglich Merkel herausfordern wollten: der renommierte Bonner Völkerrechtler Matthias Herdegen, der hessische Unternehmer Andreas Ritzenhoff und der Berliner Jurastudent Jan-Philipp Knoop. Ihnen muss die Parteiführung die gleichen Chancen zur Präsentation einräumen wie den drei Schwergewichten. Wobei nicht auszuschließen ist, dass die Aussichten auf bundesweite Aufmerksamkeit noch den einen oder anderen Außenseiter zu einer Kandidatur verleiten könnten.

Mit Regionalkonferenzen hat die CDU Erfahrung. Nach dem Rücktritt des CDU-Vorsitzenden Wolfgang Schäuble im Gefolge der Spendenaffäre hatte die damalige Generalsekretärin Angela Merkel die in der Satzung gar nicht vorgesehenen Regionalkonferenzen „erfunden“, um die ausgewählte Mitgliedschaft zu informieren und zu beruhigen. Am Ende waren die Mitglieder von der jungen Ostdeutschen so angetan, dass sie zur einzigen Kandidatin für die Schäuble-Nachfolge aufstieg. So schließt sich der Kreis: Merkels Regionalkonferenzen als Sprungbrett für die Merkel-Nachfolge. ■

www.hugo-mueller-vogg.de
Erstveröffentlichung: *www.cicero.de*

Dunkle Wolken am Wirtschaftshimmel

von Friedhelm Ost

Die Aktienbörsen gelten seit langem als die besten Stimmungsbarometer, wenn es um die zukünftige Entwicklung des Wirtschaftsklimas geht. Die Zeichen in New York und Tokio, in Frankfurt und London stehen auf Veränderung, auf Sturm und Niederschläge. Weltweit kündigt sich ein globales Tief an, das über kurz oder lang auch die deutsche Volkswirtschaft erfassen wird: Denn kein anderes vergleichbares Land ist so sehr vom Wohl und Wehe der Weltwirtschaft abhängig. Die Blasen drohen zu platzen – im Baubereich ebenso wie an den Aktienbörsen.

Steigende globale Risiken

Die globalen Unsicherheiten sind bereits seit längerem größer geworden. Der US-Präsident Trump hat einen Welthandelskrieg begonnen, von dem viele Nationen negativ betroffen sind. Das gilt für die Volksrepublik China ebenso wie für die EU und Russland. Die amerikanischen Strafzölle, Sanktionen und Handelsbarrieren gefährden die internationalen Wertschöpfungsketten, behindern den fairen Handel und treiben die Kosten für die Produktion in die Höhe. Zudem verunsichern die Trump-Attacken international tätige Firmen auch aus Deutschland – etwa bei ihren Wirtschaftsbeziehungen zum Iran oder bei den geplanten Gaslieferungen über Nordstream II aus Russland. Der amerikanische Elefant hat bereits viele Scherben im Weltwirtschaftsladen verursacht, doch könnte es noch fataler werden.

Ende der Nullzinspolitik

Weitere Risiken drohen aus manchen Krisenländern – aus der Türkei, aus Argentinien, aus Italien und aus zahlreichen Schwellenländern, die angesichts der steigenden Zinsen in den USA und der Dollar-Stärke in immer größere Schwierigkeiten geraten, ihre Schulden zu finanzieren. Das Euro-System, das in den letzten Jahren dank der Nullzinspolitik der Europäischen Zentralbank einigermaßen stabil war, könnte schon bald mit neuen Rissen zu kämpfen haben. Denn einige Staaten haben die günstigen geldpolitischen Rahmenbedingungen nicht genutzt, um ihre Schulden deutlich zu reduzieren und mit Reformen ihre Wettbewerbsfähigkeit zu

steigern. Hohe negative Finanzierungssalden in ihren öffentlichen Haushalten weisen nach wie vor die EU-Staaten Frankreich, Spanien, Portugal und Italien aus, während Deutschland und die Niederlande Etat-Überschüsse erzielen.

Weltweit hat sich der Schuldenstand im letzten Jahrzehnt um 40% erhöht, in den Schwellenländern hat er sich sogar fast verdoppelt. Die meisten Staaten haben sich



Friedhelm Ost

leitete die ZDF-Wirtschaftsredaktion, bevor er unter Helmut Kohl Regierungssprecher und schließlich CDU-Abgeordneter im Bundestag wurde. Heute ist Ost weiter als Journalist und in der Politik- und Wirtschaftsberatung tätig.

dabei wegen der günstigen Zinsen in Fremdwährung – vor allem in Dollar – verschuldet; das gilt insbesondere für Argentinien, die Türkei, Chile, Mexiko, Südafrika und Indonesien. Werden deren nationale Währungen nun gegenüber dem Dollar abgewertet, dann steigt die reale Schuldenlast dieser Länder noch kräftig an.

Die Zinsen, lange Zeit auf Niedrigst- oder gar Null-Niveau, bewegen sich wieder nach oben. Die amerikanische Notenbank hat die Leitzinsen bereits heraufgesetzt

und weitere Zinserhöhungsschritte trotz des lauten Widerspruchs von Donald Trump angekündigt. Die Rendite von US-Anleihen beläuft sich inzwischen schon auf rund 3%.

Schließlich hängt der Brexit wie ein Damoklesschwert über den EU-Staaten. Gelingt es nicht, mit der EU eine Vereinbarung zu erreichen, wird Großbritannien Ende März 2019 auf den Status eines Drittlandes zurückfallen; damit wären wieder Zölle auf den Warenaustausch zu zahlen. Der Außenhandel würde durch Grenzkontrollen erheblich erschwert.

Dämpfer für die Konjunktur

Der Konjunkturoptimismus, der noch im Sommer dieses Jahres in Deutschland und vielen anderen europäischen Ländern herrschte, ist zwar noch nicht vollends verflogen, doch erhält er mehr und mehr Dämpfer. Die zuversichtlichen Prognosen von gestern wurden inzwischen vorsichtig nach unten revidiert. Der Internationale Währungsfonds (IWF) erwartet für die Weltwirtschaft in den Jahren 2018 und 2019 ein Wachstum von 3,7% – statt 3,9%, wie er es noch im Frühjahr annahm. Seine Prognose für Deutschland hat der IWF von 2,5 auf 1,9% für 2018 und auch für 2019 zurückgenommen. Wirtschaftsforscher hierzulande und auch die Bundesregierung sind mit einem Plus von 1,7 bis 1,8% noch vorsichtiger geworden.

Gerade die so exportstarken deutschen Firmen werden von den globalen Entwicklungen betroffen – bei den notwendigen Importen vor allem von Rohstoffen, Zulieferungen und Energie; der Ölpreis ist inzwischen kräftig auf über 80 Dollar pro barrel gestiegen. Die deutsche Exportmaschine läuft bereits auf etwas niedrigeren Touren. Der Image-Schaden für die Automobile „made in Germany“ wird sich erst noch auswirken. Ohnehin sind die Firmen, die bei der Schummel-Software mit fast krimineller Innovation aufwarteten, bei Elektromobilen und Hybrid-Fahrzeugen ins Hintertreffen geraten.

Nicht mehr Wohlstand für alle

In der aktuellen IWF-Analyse wird Verständnis für den Frust in vielen Industriestaaten, der zum Vordringen von Populisten geführt hat, gezeigt. Denn in der Finanzkrise seien zum einen Banken mit Milliarden-

Hilfen aus den Staatskassen gerettet worden. Zum anderen hätten von den Wohlstandsgewinnen im letzten Jahrzehnt nur wenige profitiert. Zum Beispiel seien die mittleren Einkommen in den USA heute kaum höher als im Jahre 2000. Auch in Deutschland klagen nicht wenige darüber, dass sich die Schere zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat und viele Haushalte aus dem breiten Mittelstand real kaum oder gar nicht am Wohlstandszuwachs partizipiert hätten. Die Ökonomen des IWF fordern deshalb von den Politikern

ein größeres Engagement für ein dauerhaftes inklusives Wachstum. Dazu zählen eine gute Gesundheitsversorgung, sichere soziale Netze, Investitionen in die Infrastruktur, Bildung und gute Kinderbetreuung. Der IWF-Chefökonom Obstfeld mahnte deshalb zum Handeln: „Nur wenn die Wohlstandsgewinne, die durch die Globalisierung höher sind, als sie es ohne internationale Lieferketten wären, vielen zugutekommen, sind Menschen weiter bereit, Parteien zu wählen, die für Multilateralismus eintreten.“ Wer wirkungsvoll Front gegen die eng-

stirnten Nationalisten der AfD machen will, sollte die IWF-Empfehlungen mit politischen Taten realisieren. Neuer Streit um die EU-Werte zur Reduzierung von Emissionen der Automobile oder um Steuersenkungen, wie er in der GroKo in Berlin herrscht, wird das Ansehen und die Werte für die Union und SPD noch weiter in den Keller stürzen lassen. Besonders bedrohlich ist, dass nur noch wenige Menschen dieser Koalition und der Kanzlerin zutrauen, unser Land mit Kompetenz und Erfolg zu führen. ■

Ein Land der Aufsteiger

von Frank Schäffler MdB

Wenn jetzt Finanzminister Olaf Scholz den Einstieg in eine europäische Arbeitslosenversicherung vorschlägt, dann macht er das nicht ohne eine weitergehende Absicht. Er will sich warmlaufen für eine mögliche Kanzlerkandidatur. Das mag sich heute noch etwas lächerlich anhören, doch Sozialdemokraten sind Optimisten. Ob dieser Vorschlag ihn seinem Ziel näher bringt, lässt sich jedoch bezweifeln. Denn sein Vorschlag eines Rückversicherungssystems für die nationalen Arbeitslosenversicherungen ist eigentlich ein Schlag ins Gesicht der Arbeitnehmer im eigenen Land. Warum sollen Arbeitnehmer in Deutschland mit ihren Arbeitnehmerbeiträgen das Arbeitslosengeld in Italien, Griechenland oder Spanien finanzieren?

Die Arbeitslosenquoten in Griechenland (20,1 Prozent), in Spanien (15,3 Prozent) und in Italien (10,8 Prozent) sind ja nicht vom Himmel gefallen. Sie sind vielmehr ein Ergebnis falscher politischer Rahmenbedingungen. Auf diese Rahmenbedingungen haben die deutsche Regierung, der Deutsche Bundestag oder die Sozialversicherungsträger in Deutschland keinen Einfluss. Warum sollen sie dann dafür geradestehen?

Früher wären sozialdemokratische Spitzenpolitiker niemals auf die Idee gekommen, für sachfremde Leistungen die Arbeitslosenversicherung zu plündern. Sie hätten sich auch nicht für eine Kollektivierung aller Risiken in Europa ausgesprochen. Sie hätten sich um die Menschen im eigenen Land gekümmert. Was der Sozialdemokratie heute abgeht, sind Aufsteigergeschichten. Und Personen, die diese Auf-

steigergeschichten glaubhaft vertreten können. In den 1970er Jahren haben die Sozialdemokraten für die Durchlässigkeit in der Gesellschaft gekämpft. Im Bildungssystem sollten auch Arbeiterkinder Abitur machen und anschließend studieren können. Gerhard Schröder war dann der letzte Sozialdemokrat und glaubhafte Repräsentant dieser Aufsteigergeneration. Er stammte aus ärmlichsten Verhältnissen, machte sein Abitur über den 2. Bildungsweg, studierte anschließend und schaffte es später sogar bis zum Bundeskanzler. Mehr Aufstieg geht nicht!

Mit ihrem Abstieg hinterlassen die Sozialdemokraten im deutschen Parteienspektrum eine Lücke, die hochinteressant ist. Es handelt sich dabei nämlich um die Menschen, die etwas schaffen wollen, die aufsteigen wollen und die aus ihren Verhältnissen ausbrechen wollen. Diese Gruppe will wie in den 1970er Jahren den Bildungsaufstieg schaffen, sie will eigenen, bescheidenen Wohlstand schaffen. Sie ar-

beitet dafür, dass sie im Alter nicht von der Fürsorge abhängig ist und sie will ihren Kindern eine bessere Zukunft hinterlassen. Eigentlich ist es doch ein gesellschaftlicher Skandal, dass ein Normalverdiener es heute nicht mehr schafft, sein eigenes Pflegeisiko ausreichend abzusichern. Nicht mehr nur die Geringverdiener müssen daher im Alter auf staatliche Transferleistungen vertrauen, sondern auch die Normalverdiener. Diese Ziele finden im deutschen Parteienspektrum nur einen rudimentären Niederschlag. Das ist bedauerlich und gleichzeitig eine Chance für eine Partei, die die Aufsteiger in den Blick nimmt. Das erfordert nicht mehr Intervention des Staates, sondern ganz im Gegenteil, mehr Freiräume. Aufsteigen kann man nur, wenn Hürden abgebaut werden, wenn eine Gesellschaft durchlässiger wird und wenn mehr finanzieller Spielraum beim Arbeitnehmer und beim Einzelnen bleibt. Nur dann hat dieser die Chance, seine Wünsche und Lebensziele selbstständig zu erreichen. ■

Frank Schäffler

ist Mitglied der FDP-Fraktion im Deutschen Bundestag und hat sich in der Vergangenheit als Euro-Rebell einen Namen gemacht





Foto: Laurence Chaperon

Rainer Brüderle: „Das Raumschiff Berlin erreicht die Menschen nicht mehr“

Rainer Brüderle war als Bundeswirtschaftsminister und später als FDP-Fraktionsvorsitzender auf dem Höhepunkt seiner politischen Karriere. Als Spitzenkandidat seiner Partei für die Bundestagswahl 2013 erlebte er dann das wahrscheinlich schwärzeste Jahr seiner politischen Laufbahn, als die Wahl für die Liberalen mit 4,8 Prozent verloren ging und somit die FDP im Bundestag nicht mehr vertreten war – was für Rainer Brüderle auch das Karriereende als Berufspolitiker bedeutete.

Gleichwohl: Aufs Altenteil hat sich der umtriebige FDP-Politiker dennoch nicht gesetzt. Als Vorstandsvorsitzender des Bundes der Steuerzahler in Rheinland-Pfalz bringt sich Rainer Brüderle erneut und mit viel Verve in bundespolitisch relevante Themen ein.

Über seine heutige Sicht der Dinge sprach Rainer Brüderle mit Rita Seiler.

? Die Bundestagswahl 2017, aber auch die darauf folgenden Landtagswahlen haben gezeigt, dass die sogenannten Volksparteien CDU/CSU und SPD auf immer weniger Zustimmung beim Wähler stoßen und stattdessen die politischen Ränder – Stichwort: AfD – gestärkt werden. Politische Beobachter befürchten gar für die Zukunft „Weimarer Verhältnisse“. Teilen Sie diese Befürchtung?

Rainer Brüderle: Eindeutig nein. Wir leben in völlig anderen wirtschaftlichen Verhältnissen als die Menschen seinerzeit in der Weimarer Republik. Allerdings haben sich die Bindungen an bestimmte politische Orientierungen verändert. Die Gesellschaft ist bunter und vielfältiger geworden und damit auch die politische Landschaft. Von dieser Veränderung profitieren derzeit die kleineren Parteien, also die FDP, die Grünen, die Linkspartei und neuerdings die AfD. Dass die CDU auf immer weniger Zustimmung beim Wähler stößt, liegt an der offensichtlichen Sozialdemokratisierung der Partei. Will sagen: Das Problem von CDU/CSU und SPD liegt darin begründet, dass sich beide Parteien immer ähnlicher geworden und unterschiedliche Positionen kaum oder nur noch schwer für die Bürger zu erkennen sind. Dass sich enttäuschte Konservative von der CDU der AfD zuwenden, liegt vor allem in der gerade von mir angesprochenen Sozialdemokratisierung der CDU. Dass die FDP in Umfragen wieder die 10-Prozent-Marke erreicht, zeigt, dass die Partei bei den Wählern durchaus als bürgerlich-liberale Alternative gesehen wird.

? Vor der letzten Bundestagswahl hat Christian Lindner angekündigt, im Falle eines Wiedereinzugs in den Deutschen Bundestag die unkontrollierte Grenzöffnung im Jahr 2015 durch die Bundeskanzlerin beziehungsweise die Bundesregierung

im Rahmen eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses überprüfen und bewerten zu lassen. Davon ist heute keine Rede mehr. Warum?

Rainer Brüderle: Die FDP allein kann einen Untersuchungsausschuss nicht durchsetzen. Dafür braucht sie Unterstützer aus den anderen Parteien. Und diese Unterstützung ist nicht gegeben. Allerdings weist Christian Lindner in seinen Reden im Deutschen Bundestag immer wieder auf die im Jahr 2015 gemachten Fehler bei der unkontrollierten Grenzöffnung und die daraus resultierenden Probleme hin. Es trifft also nicht zu, dass die FDP das Thema „unkontrollierte Grenzöffnung“ unter den Tisch fallen lässt.

? Den deutschen Institutionen haben Sie als Gast der ZDF-Talkshow „Markus Lanz“ kein gutes Zeugnis ausgestellt. Zitat: „Das Raumschiff Berlin kann die Leute nicht mehr erreichen. Und das sage ich als jemand, der jahrelang Teil des Systems war.“ Was ist denn zu tun, damit das „Raumschiff Berlin“ die Menschen wieder erreicht?

Rainer Brüderle: Das „Raumschiff Berlin“ erreicht die Menschen nicht mehr, weil die Große Koalition offenbar nicht Willens oder nicht in der Lage ist, das anzupacken und das zu lösen, was vielen Bürgern unter den Nägeln brennt. Da ist zum einen das Migrationsproblem, das bereits angesprochen wurde. Da ist zum anderen das Affentheater um die Dieselfaffäre, dass die Autohersteller nicht haften wollen, wenn verbindliche Grenzwerte nicht eingehalten werden. In den USA hat VW bereits einen zweistelligen Milliardenbetrag an Entschädigungszahlungen geleistet. In Deutschland will man sich mit einem billigen Software-Update aus der Affäre ziehen. Ein anderes Beispiel: Durch die niedrigen Zinsen wird viel Geld in den Markt gepumpt. Die Mittelschicht und der Mittelstand werden schleichend beim Sparen und Versicherungssparen enteignet. Und ein übergroßes Investment durch billige Kredite in Immobilien sorgt für eine gefährlich tickende Zeitbombe in unserem Land. Das Raumschiff Berlin hat bei den Sozialausgaben nicht auf Reformen sondern auf das Verteilen von Wohltaten gesetzt. Die Sozialausgaben werden im Jahr 2021 die magische Grenze von einer Billion Euro überschreiten und damit deutlich schneller als die Wirtschaft wachsen. Das wird die Wachstums-Wettbewerbskräfte deutlich ausbremsen. Stichwort Rente mit 63 und Mütterrente. Auch hier betreibt die GroKo eine Umverteilung zu Lasten zukünftiger Generationen. Ich könnte weitere Punkte nennen: Infrastrukturmaßnahmen, Innovationsprozesse, Grundlagenforschung, stringenter Durchsetzung des Kartellrechts, flächendeckendes schnelles Internet und 5-G-Standard in Deutschland sowie eine an Chancen und Herausforderung angepasste Arbeitszeit- und Arbeitsmarktpolitik. Sie sehen, die Mängelliste des „Raumschiff Berlin“ ist lang.



Mit Rainer Brüderle sprach Rita Seiler



ONLINE
MARKETING
BERATER



IHRE WEBSEITE IST IHR VERTRIEBSMITARBEITER!

**Exklusiv für BDS Mitglieder:
Kostenlose Google-Analyse im Wert von 179 Euro**

- » **nutzen Sie das Potenzial Ihrer
Webseite in Google**
- » **gezielte Neukundenakquise mittels
individueller Suchmaschinenoptimierung**
- » **prominente Platzierungen in den
organischen Google-Suchergebnissen**

**Lassen Sie sich beraten unter
+49 (0) 931/260 275 000**

**OMB AG Online.Marketing.Berater.
Hauptsitz: Mozart-Center, Berliner Platz 12,
97080 Würzburg
analyse@OMB.AG | www.OMB.AG**

Beratung – Analyse – Umsetzung

Inspirationen für Startups

Wie immer im Oktober fanden auch in diesem Jahr die Deutschen Gründer- und Unternehmertage (deGUT) in Berlin statt.

Veranstaltungsort der größten Gründermesse Deutschlands war erneut die ARENA Berlin in Treptow. Rund 130 Aussteller und Berater sowie ein kostenloses Seminar- und Workshopprogramm boten den rund 6 000 Messebesuchern fundiertes Wissen sowie intensive Kontakte zu Gleichgesinnten, Förderern und Mentoren an. Startups erhielten viel Inspiration für ihre Existenzgründung und das Führen des eigenen Betriebes.

Zu den Ausstellern gehörte auch der Bundesverband der Selbständigen, der unter Beteiligung der Landesverbände Berlin, Brandenburg, Nordrhein-Westfalen und Hessen sowie mit der BDS-Beratungsgesellschaft mit einem großen Messestand, prominent platziert, vertreten war.

Im Fokus der BDS-Beratungen standen gründungs- und managementrelevante Themen, wie Finanzierung, Marketing und Vertrieb im Vordergrund. Der Geschäftsführer der BDS-Beratungsgesellschaft, Rainer Huse, informierte speziell Unternehmensberater, welche Beratungsleistung durch das Wirtschaftsministerium finanziell gefördert werden kann.

Ein sehr beliebtes Event auf der deGUT war „GESCHEITER[T]“, bei dem Selbstständige ihre unternehmerischen Misserfolge schilderten und dann aufzeigten, welche Schlussfolgerungen sie aus dem daraus resultierenden Lernprozess ziehen konnten.

Schirmherr der Deutschen Gründer- und Unternehmertage war der Bundesminister für Wirtschaft und Energie, Peter Altmaier. A.S. ■



Wachwechsel beim Bundesverband

Neuem Präsident des Bundesverbandes der Selbständigen ist der frühere Gummersbacher Unternehmer Hans-Peter Murmann, der Günther Hieber im Amt ablöst, weil dieser auf eine erneute Kandidatur verzichtete.

Murmann, der zugleich auch Präsident des BDS Nordrhein-Westfalen ist und bis zu seiner Wahl geschäftsführender Vizepräsident des Bundesverbandes war, sieht seine primäre Aufgabe in einer verstärkten Betreuung der BDS Landesverbände.

Als Vizepräsidenten stehen Hans-Peter Murmann gestandene Persönlichkeiten wie Günter Hecht, Wolfgang Stern, Heinrich Dittmann, Axel Hülsebusch und Norbert Frühauf zur Seite. Als Bundesschatzmeisterin wurde Monika Panzer erneut im Amt bestätigt. A.S. ■

Rückblick, Ausblick, Perspektiven

Sylvia Pantels Bericht aus Berlin

Es freut mich, dass sich mit dem neuen Fraktionsvorsitzenden Ralph Brinkhaus ein anderer Politikstil entwickelt hat, der transparent ist und die Abgeordneten der CDU/CSU-Fraktion auffordert, ihre Anregungen an ihn weiter zu geben.

Kritik am Eckpunktepapier zur Fachkräfteeinwanderung

Kürzlich war Ralph Brinkhaus zu Besuch im Berliner Kreis. Die Diskussion war offen und wir konnten die Kritikpunkte zum Eckpunkte-Entwurf „Fachkräfteeinwanderung aus Drittstaaten“ anbringen:

Die staatlich organisierte Abwerbung von Fachkräften aus Drittstaaten beruht auf der unausgesprochenen Prämisse, dass in den Herkunftsländern ein unter Aufwendung großer privater und staatlicher Mittel (z. B. Kindererziehung unter Konsumverzicht, Schul-, Betreuungs-, Gesundheits- und Bildungssystem) erzeugter Fachkräfteüberschuss besteht, der dort zur Versorgung der Bevölkerung, Aufrechterhaltung der Infrastruktur sowie der wirtschaftlichen und sozialen Entwicklung vor Ort nicht benötigt wird. Das ist kritisch zu diskutieren.

Wer einem weniger entwickelten Drittstaat seine Mittelschicht (z.B. Ärzte, Krankenschwestern, Ingenieure) abwirbt, schafft neue Fluchtursachen in sozialer und wirtschaftlicher Hinsicht.

Für Geduldete ist ein Spurwechsel in einen dauerhaften Aufenthaltsstatus unabhängig von ihrer fachlichen Qualifikation und dem Bedarf auf Seiten des deutschen Arbeitsmarktes vorgesehen. Denn es soll nur darauf ankommen, dass sie „durch ihre Erwerbstätigkeit ihren Lebensunterhalt sichern und gut integriert sind“. Dies würde das falsche Signal senden. Illegale Einreise würde sich dann bei der Ablehnung eines Schutzstatus unter weitgefassten Kriterien der Erwerbstätigkeit und „guten Integration“ lohnen.

Der grundsätzliche Wegfall sowohl der Vorrangprüfung als auch der Beschränkung auf Engpassberufe ist insofern unverständlich, als dies gerade nicht mit dem Fachkräftemangel begründet werden kann. Dies kann auch zu nicht wünschenswerter Kon-



Der neue Vorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Ralph Brinkhaus diskutierte mit den Mitgliedern des Berliner Kreises. V. li.: Wolfgang Bosbach, Sylvia Pantel und Ralph Brinkhaus

kurrenz zwischen einheimischen und zugewanderten Fachkräften in Berufen, in denen kein Fachkräftemangel herrscht oder sich abzeichnet, führen. Die vorgesehene Möglichkeit zur Einführung regionaler Vorrangprüfungen in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit könnte politisch brisant (jedes Mal der Vorwurf von Ausländerfeindlichkeit bzw. Benachteiligung Einheimischer) und in der Umsetzung schwerfällig (zeitnahe Erhältlichkeit belastbarer regionaler Arbeitsmarktdaten; politischer und medialer Einflussnahme ausgesetzte Entscheidungsstränge) sein, zumal der Umzug in andere Gebiete schwer zu überprüfen ist.

In Engpassberufen wie der Informationstechnologie sieht das Eckpunktepapier ein Aufweichen der Qualifikationsanforderungen vor: „Den von unserer Wirtschaft dringend benötigten Bedarf an IT-Fachkräften sowie in weiteren ausgewählten Engpassberufen wollen wir bei ausgeprägten berufspraktischen Kenntnissen auch ohne formalen Abschluss einen Arbeitsmarktzugang ermöglichen, wenn sie einen Arbeitsplatz haben.“ Dies lässt Auslegungsschwierigkeiten in der konkreten Anwendung befürchten und bildet zudem einen Ansatzpunkt für Weiterungen und Qualitätsabsenkung.

Es besteht, wie u.a. Presseberichte andeuten, ein Markt für gefälschte Qualifika-

tionsurkunden, Identitäts- und Aufenthaltsdokumente für Drittstaatenangehörige. Aus osteuropäischen EU-Mitgliedsstaaten finden nach Presseberichten offenbar durch Schlepper organisierte Einreisen von Personen statt, die Scheinarbeitsverträge haben oder Scheinselbständigkeiten begründen und letztlich eine Einwanderung in das deutsche Sozialsystem darstellen. Diese Erfahrungen lassen eine hohe Störanfälligkeit und Missbrauchsmöglichkeiten auch hinsichtlich der im Eckpunktepapier beschriebenen Maßnahmen befürchten. Unklar bleibt zudem, welchen Status angeworbene Fachkräfte aus Drittstaaten haben sollen, falls sie ihre Erwerbstätigkeit in Deutschland nach einiger Zeit nicht fortsetzen, ob sie etwa unabhängig vom Grad ihrer Integration ausreisepflichtig werden. Der gegenwärtig vergleichsweise permissive Umgang Deutschlands mit Ausreisepflichtigen lässt auch in solchen Fällen eine im Eckpunktepapier abgelehnte Zuwanderung in die Sozialsysteme erwarten. Bei erlaubter Einreise unter Vorlage eines Arbeitsvertrages sollte daher der Arbeitgeber für eine bestimmte Zeit Bürgschaft und Haftung für den Arbeitnehmer übernehmen, um Scheinarbeitsverträge zu verhindern, die kurze Zeit nach der Einreise enden. Eine auf sechs Monate angelegte Einreise zur

Arbeitssuche ist im Zeitalter der Digitalisierung nicht erforderlich, da es nicht auf die physische Präsenz ankommt.

Zudem ist zu regeln, wie bei erfolgloser Arbeitssuche die Ausreisepflicht durchzusetzen ist, um eine Einwanderung in die sozialen Sicherungssysteme zu unterbinden.

Krankenkassenbeiträge:

Entlastung von rund 8 Mrd. Euro jährlich

Die Reserven der Kassen steigen wegen der guten wirtschaftlichen Lage immer weiter an. Davon sollen nun auch die Beitragszahler profitieren. Unser Versichertenentlastungsgesetz ist der richtige Schritt: Krankenkassen mit zu hohen Finanzreserven müssen zukünftig einen Teil ihrer Rücklagen über geringere Zusatzbeiträge abbauen. Ebenso möchten wir mit dem geplanten Gesetz wieder zurück zu einem Versicherungsbeitrag, der von Arbeitgebern und Arbeitnehmer hälftig getragen wird. Des Weiteren soll die Beitragsbelastung der Selbstständigen mit geringem Einkommen spürbar gesenkt und Beitragsschulden aus ungeklärten Mitgliedschaftsverhältnissen bereinigt werden. Durch diese Änderungen kann eine Beitragsentlastung von rund 8 Milliarden Euro jährlich erreicht werden. Außerdem soll die soziale Absicherung von ehemaligen Soldatinnen und Soldaten auf Zeit verbessert werden. Sie sollen sich nach Ende ihrer Dienstzeit in der gesetzlichen Krankenversicherung versichern können und Übergangsweise einen Zuschuss zu den Krankenversicherungsbeiträgen erhalten.

Flexibel zwischen Teil- und Vollzeitarbeit wechseln

Der Bundestag hat die Einführung eines Anspruchs auf zeitlich begrenzte Teilzeitarbeit beschlossen. Diese Brückenteilzeit ermöglicht es Arbeitnehmern, ihre vertraglich vereinbarte Arbeitszeit für einen im Voraus festzulegenden Zeitraum von 1 bis zu 5 Jahren verringern zu können, bevor im Anschluss wieder die ursprünglich vertraglich vereinbarte Arbeitszeit gilt. Voraussetzung dafür ist, dass der entsprechende Arbeitnehmer zuvor bereits mindestens 6 Monate bei seinem Arbeitgeber unter Vertrag stand und es sich um einen Arbeitgeber handelt, der in der Regel insgesamt mehr als 45 Personen beschäftigt. Für Unternehmen in der Größenordnung von 46 bis 200 Beschäftigten wird eine Zumutbarkeitsgrenze eingeführt. Dieser neue Anspruch ist für die Arbeitnehmer – ebenso wie der bereits bestehende Anspruch auf zeitlich nicht begrenzte Teilzeitarbeit – nicht an das Vorliegen bestimmter Gründe, wie die Kindererziehung oder Pflege von Angehörigen, gebunden.

Neue Regeln für die Mietpreisbremse

Am Freitag fanden im Bundestag die ersten Beratungen der Gesetzentwürfe zur Anpassung des Mietrechts und zur steuerlichen Förderung des Mietwohnungsneubaus statt.

Die Umlage von Modernisierungskosten auf die Miete soll neu geregelt werden: Für die Dauer von 5 Jahren dürfen in angespannten Wohnungsmärkten jährlich nur noch 8% statt 11% der Kosten auf die Miete umgelegt werden.

Gleichzeitig soll es ein vereinfachtes Verfahren bei Modernisierungen bis 10.000 Euro für private Kleinvermieter geben. Die umzulegenden Kosten einer Modernisierung könnten jetzt ohne bürokratischen Aufwand berechnet werden.

Dem bewussten „Herausmodernisieren“ von Mietern soll hingegen ein Riegel vorgeschoben werden. Vermieter, die Modernisierungsmaßnahmen dazu missbrauchen, Mieter aus ihren Wohnungen zu vertreiben, drohen vielleicht bald Ordnungsgelder und Schadensersatzansprüche. ■



Sylvia Pantel (CDU) ist direkt gewählte Bundestagsabgeordnete für den Wahlkreis Düsseldorf-Süd

Vor Ort in NRW

In unseren drei Repräsentanzen in NRW, die in Kooperation mit dem Beraternetzwerk.de betrieben werden, finden die Verbandsmitglieder fachkundigen Rat und Unterstützung vor Ort.

Ihre regionalen Ansprechpartner:

Susanne Lücke, Repräsentanz Mittlerer Niederrhein, Im Neuwerker Business Office, Dammer Str. 136-138, 41066 Mönchengladbach, Tel.: 02161 / 60 11 00, Mail: susanne.luecke@bvmu.de

Alexander Fillers, Repräsentanz OWL, Kerkenbrock 26a, 33824 Werther, Tel.: 05203 / 91 85 51, Mail: alexander.fillers@bvmu.de

Claus Heitzer, Repräsentanz Mittlerer Niederrhein, Im Neuwerker Business Office, Dammer Str. 136-138, 41066 Mönchengladbach, Tel.: 02161 / 63 32 37, Mail: claus.heitzer@bvmu.de

Jo Vorstadt, Repräsentanz Köln/Bonn, Gut Groß-Mönchhof 2, 50129 Bergheim, Tel.: 02183 / 20 54 81 5, Mail: jo.vorstadt@bvmu.de

TIPPS FÜR DIE TÄGLICHE BETRIEBSPRAXIS

Für das Gespräch mit Ihrem Steuerberater

Geschenke an Geschäftsfreunde

Zum Jahresende ist es üblich, Geschenke an Geschäftsfreunde zu verteilen. Für den Abzug dieser Aufwendungen als Betriebsausgaben sind die nachfolgenden Punkte von großer Bedeutung:

- Geschenke an Geschäftsfreunde sind nur bis zu einem Wert von 35 € netto pro Jahr und pro Empfänger abzugsfähig.
- Die nichtabziehbare Vorsteuer (z. B. bei Versicherungsvertretern, Ärzten) ist in die Ermittlung der Wertgrenze einzubeziehen. In diesen Fällen darf der Bruttobetrag (inklusive Umsatzsteuer) nicht mehr als 35 € betragen.
- Es muss eine ordnungsgemäße Rechnung vorhanden sein. Der Schenker muss auf dieser den Namen des Empfängers vermerken. Bei Rechnungen mit vielen Positionen sollte eine gesonderte Geschenkeliste mit den Empfängernamen sowie der Art und der Betragshöhe des Geschenks gefertigt werden.
- Schließlich müssen die Aufwendungen auf ein separates Konto, z. B. „Geschenke an Geschäftsfreunde“, getrennt von allen anderen Betriebsausgaben, gebucht werden.

Überschreitet die Wertgrenze sämtlicher Geschenke pro Person und pro Wirtschaftsjahr den Betrag von 35 € oder werden die formellen Voraussetzungen nicht beachtet, sind die Geschenke an diese Personen insgesamt nicht abzugsfähig.

Unternehmer haben bei betrieblich veranlassten Sachzuwendungen und Geschenken die Möglichkeit, eine Pauschalsteuer von 30 % zzgl. Solidaritätszuschlag und Kirchensteuer zu leisten. In diesem Fall stellt die Übernahme der pauschalen Einkommensteuer nach Auffassung des Bundesfinanzhofs ein weiteres Geschenk dar.

Übersteigt der Wert des Geschenks selbst bzw. zusammen mit der übernommenen Pauschalsteuer den Betrag von 35 €, unterliegt auch die pauschale Einkommensteuer dem Abzugsverbot. Die Finanzverwaltung hat indes mitgeteilt, dass sie die übernommene Steuer bei der Prüfung der Freigrenze aus Vereinfachungsgründen weiterhin nicht einbezieht.

Die Pauschalierung ist ausgeschlossen, soweit die Aufwendungen je Empfänger und Wirtschaftsjahr oder je Einzelzuwendung 10.000 € übersteigen. Die Zuwendungen sind dennoch weiterhin aufzuzeichnen.

Überdies ist u. a. Folgendes zu beachten:

- Grundsätzlich ist das Wahlrecht zur Anwendung der Pauschalierung der Einkommensteuer für alle innerhalb eines Wirtschaftsjahrs gewährten Zuwendungen einheitlich auszuüben. Es ist jedoch zulässig, die Pauschalierung jeweils gesondert für Zuwendungen an Dritte (z. B. Geschäftsfreunde und deren Arbeitnehmer) und an eigene Arbeitnehmer anzuwenden.
- Sachzuwendungen bis 10 € (sog. Streuwerbeartikel) müssen nach Auffassung der Finanzverwaltung nicht in die Bemessungsgrundlage der Pauschalierung einbezogen werden. Der Bundesfinanzhof sieht dies anders.
- Auch bloße Aufmerksamkeiten (Sachzuwendungen aus Anlass eines besonderen persönlichen Ereignisses, wie Geburtstag bzw. Jubiläum) sind keine Geschenke und gehören daher nicht zur Bemessungsgrundlage. Das gilt, sofern der Wert der Aufmerksamkeit 60 € (inklusive Umsatzsteuer) nicht übersteigt.

Der Unternehmer hat den Zuwendungsempfänger darüber zu informieren, dass er die Pauschalierung anwendet. Eine besondere Form ist hierfür nicht vorgeschrieben. Als Folge der Pauschalversteuerung durch den Zuwendenden muss der Empfänger die Zuwendung nicht versteuern.

Die Norm begründet keine eigenständige Einkunftsart, sondern stellt lediglich eine besondere pauschalierende Erhebungsform der Einkommensteuer zur Wahl.

Wegen der Kompliziertheit der Vorschrift sollte in Einzelfällen der Steuerberater gefragt werden.

Begrenzung der 1 %-Regelung auf 50 % der Fahrzeugkosten ist nicht möglich

Im Betriebsvermögen eines Immobilienmaklers befand sich ein gebraucht erworbener Pkw. Für diesen fielen im Streitjahr Gesamtkosten von rund 11.000 € an. Nach der 1 %-Regelung errechnete sich ein privater Nutzungswert von 7.680 €. Da die 1 %-Regelung nur für Fahrzeuge anzuwenden ist, deren betriebliche Nutzung mindestens 50 % beträgt, ging der Immobilienmakler davon aus, dass die Privatnutzung mit nicht mehr als 50 % der Gesamtkosten anzusetzen sei. Er setzte in seiner Steuererklärung daher nur die Hälfte der Gesamtkosten, also 5.500 € an.

Der Bundesfinanzhof lehnte diese Argumentation ab. Die 1 %-Regelung ist eine stark typisierende und pauschalierende Regelung, die der Praktikabilität und Steuervereinfachung dient. Individuelle Besonderheiten, z. B. hinsichtlich der Art und der Nutzung des Fahrzeugs, bleiben daher grundsätzlich unberücksichtigt. Der Gesetzgeber hat damit aber nicht die verfassungsmäßigen Grenzen überschritten. Zudem ist es möglich, durch ein ordnungsgemäßes Fahrtenbuch die Anwendung der 1 %-Regelung zu vermeiden.

Nicht abziehbare Schuldzinsen: Berücksichtigung von Verlusten

Betriebliche Schuldzinsen können als nicht abziehbar qualifiziert werden. Dies ist der Fall, wenn die Entnahmen die Summe aus Gewinn und Einlagen übersteigen und damit sog. Überentnahmen vorliegen. Nach einem Urteil des Bundesfinanzhofs ist die Berechnungsformel der Finanzverwaltung zur Feststellung der Überentnahmen unzutreffend. Vielmehr ist die Bemessungsgrundlage für die nicht abziehbaren Schuldzinsen auf den periodenübergreifenden Entnahmenüberschuss zu begrenzen.

Für die Berechnung der Überentnahmen ist zunächst vom einkommensteuerrechtlichen Gewinn auszugehen. Dieser umfasst grundsätzlich auch Verluste, es sei denn diese führen für sich genommen zu einer Kürzung des Schuldzinsenabzugs. Die gesetzliche Regelung will den Schuldzinsenabzug (nur) für den Fall einschränken, dass der Steuerpflichtige mehr entnimmt als ihm hierfür an Eigenkapital zur Verfügung steht.

Die Überentnahme darf in einem Verlustjahr nicht höher sein als die Entnahme bzw. der Entnahmenüberschuss. Dies gilt auch bei der periodenübergreifenden Berechnung der Überentnahmen: Hierbei sind etwaige Verluste bei der Ermittlung der zu addierenden Über- und Unterentnahmenbeträge in die Berechnung einzubeziehen. Sie gehen damit rechnerisch sowohl in die Überentnahmen des einzelnen Wirtschaftsjahrs als auch in die Bemessungsgrundlage der Totalperiode (von 1999 bis zum aktuellen Wirtschaftsjahr) ein. Sodann ist die Bemessungsgrundlage der nicht abziehbaren Schuldzinsen des aktuellen Jahrs auf den kumulierten Entnahmenüberschuss der Totalperiode zu begrenzen. Schuldzinsen für Überentnahmen sind so lange nicht abziehbar, bis die Überentnahmen durch Gewinne und Einlagen wieder ausgeglichen sind.

Bilanzierung von Provisionsvorschüssen und damit im Zusammenhang stehende Aufwendungen

Solange der Provisionsanspruch eines Handelsvertreters noch unter der aufschiebenden Bedingung der Ausführung des Geschäfts steht, darf er nicht aktiviert werden. Vielmehr sind solche Provisionsvorschüsse als erhaltene Anzahlungen zu passivieren.

Ein Ehepaar betrieb ein Reisebüro als Franchiseunternehmen. Für alle tatsächlich ausgeführten Buchungsgeschäfte erhielten sie eine Provision in Höhe von 10 % des Reisepreises. Die Provision wurde bereits im Monat nach der Buchung ausgezahlt. In Fällen von Umbuchung oder Stornierung wurden die Provisionsansprüche mit der nächsten Abrechnung verrechnet. Die Provisionsvorschüsse wurden bis zum Reisedatum zunächst auf dem Konto „passive Rechnungsabgrenzung“ erfasst.

Der Bundesfinanzhof entschied, soweit hinsichtlich der erhaltenen Provisionen noch keine Gewinnrealisierung (Zeitpunkt der Ausführung der Reise) eingetreten ist, können die Ansprüche nicht aktiviert werden. Auch mit den Provisionsvorschüssen im Zusammenhang stehende Aufwendungen sind nicht als „unfertige Leistungen“ zu aktivieren. Voraussetzung hierfür wäre, dass ein neues Wirtschaftsgut geschaffen wird. Laufende Betriebsausgaben, die sich nicht eindeutig bestimmten Aufträgen zuordnen lassen, stellen jedoch kein selbstständig bewertungsfähiges Wirtschaftsgut dar.

Gewerbesteuer: Hinzurechnung von Miet- und Pachtzinsen für Wirtschaftsgüter des Anlagevermögens

Dem Gewinn aus Gewerbebetrieb sind u. a. gewinnmindernd verbuchte Miet- und Pachtzinsen (einschließlich Leasingraten) für die Benutzung von beweglichen Wirtschaftsgütern des Anlagevermögens, die im Eigentum eines anderen stehen, anteilig hinzuzurechnen, soweit der insgesamt ermittelte Hinzurechnungsbetrag 100.000 € übersteigt.

Eine Baugesellschaft war der Auffassung, dass Mietzahlungen für von ihr angemietetes Zubehör für Baustelleneinrichtungen, wie Betonpumpen und -geräte, Kräne und Gerüste, nicht der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungsvorschrift unterliegen. Zur Begründung führte sie an, dass die Mietaufwendungen - ähnlich wie Bauzeitzinsen - in die Herstellungskosten des Umlaufvermögens einfließen. Dadurch verlören sie ihren Aufwandscharakter und führten nicht zu einer Gewinnminderung.

Dem widersprach das Schleswig-Holsteinische Finanzgericht. Einer Hinzurechnung stehe nicht entgegen, dass es sich bei den Mieten um Herstellungskosten des Umlaufvermögens handele. Die Aufwendungen haben allein hierdurch den Charakter von Miet- und Pachtzinsen nicht verloren, da es im entschiedenen Fall nicht zur Aktivierung eines Wirtschaftsguts in der Bilanz gekommen sei. Vielmehr sei das hergestellte Wirtschaftsgut vor dem Bilanzstichtag aus dem Betriebsvermögen ausgeschieden.

Der Bundesfinanzhof muss abschließend entscheiden.

Rechnungsberichtigung bei falscher Angabe des Lieferorts führt zur Vorsteuervergütung

Enthält eine Rechnung den fehlerhaften Hinweis, dass die Waren ins Ausland geliefert worden sind, obwohl sie im Inland verbleiben, kann die Rechnung berichtigt werden. Bei der Angabe des Lieferorts handelt es sich um eine notwendige Angabe.

Die berichtigte Rechnung berechtigt den ausländischen Unternehmer sodann zur Vorsteuervergütung im Jahr der Rechnungsberichtigung. Der Antrag auf Vorsteuervergütung ist auf elektronischem Weg zu stellen und die Rechnungen auf elektronischem Weg beizufügen.

(Quelle: Urteil des Finanzgerichts Köln)



**Autor: StB Marcel Spliethove, 42287 Wuppertal,
Heinz-Fangman-Straße 4, Telefon: 0202-250600,
E-Mail: info@spliethove.de, Homepage: www.spliethove.de**

Fordern Sie als BDS Mitglied jetzt Ihren kostenlosen
DSGVO Websitecheck an unter: www.cokuna.com/dsgvo
oder telefonisch unter **+49 (0) 800 72 38 318**

cokuna communication • Könnertstr. 29 • 01067 Dresden • Tel.: +49 (0) 0800 / 72 38 318 • E-Mail: info@cokuna.com

cokuna
www.cokuna.com

Hier fängt Ihr Urlaub an!

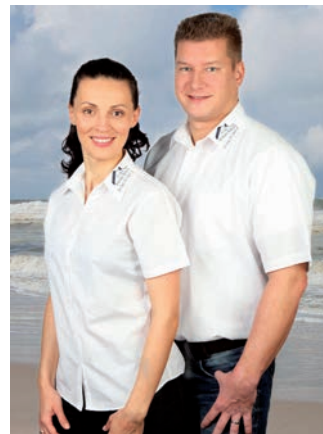
Erleben Sie einen unvergesslichen Urlaub in einer unserer Ferienwohnungen oder Ferienhäuser in Norden - Norddeich. Unsere Objekte sind insgesamt sehr zentral gelegen und nur wenige Minuten vom Strand und dem Deich entfernt.

Wir sind überzeugt, dass unsere hochwertigen Ferienhäuser & Ferienwohnungen auf Ihr Interesse stoßen und Ihre Zustimmung finden werden. Hier finden Sie auch Informationen rund um die Küstenregion Ostfriesland und um die Stadt Norden sowie über das Nordseeheilbad Norddeich direkt an der Nordseeküste.

Für einen gelungenen Urlaub ist aber nicht nur der Urlaubsort ausschlaggebend, sondern vor allem das Ferienhaus oder die Ferienwohnung.

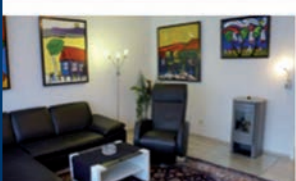
Wir bieten als etablierte und kompetente Vermietagentur Wohlfühlquartiere – und das im besten Sinne des Wortes.

Um diesem hohen Anspruch gerecht zu werden, sind unsere Ferienimmobilien in zentraler und dennoch ruhiger Lage angesiedelt und verfügen über eine überdurchschnittliche komfortable Ausstattung. Das Meer, der Hafenbereich, der Strand sowie das Zentrum von Norddeich sind bei fast allen Objekten bequem fußläufig erreichbar.



Raluca und Christian Kuhlmann

Unser Portfolio umfasst über 100 Ferienobjekte. Hier eine kleine Auswahl:

	max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 54,00 EUR / Nacht	Ferienwohnung Anita I Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen ☂ ☂ P 🚗 🚗 🚗 @
	max. 2 Pers. , 1 Schlafz. 4 Sterne ab 48,00 EUR / Nacht	Ferienwohnung Anita II Obergeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 4 Sternen ☂ P 🚗 🚗 🚗 @
	max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht	Ferienwohnung Anita III Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen, 🚫 ☂ ☂ P 🚗 🚗 🚗 @
	max. 4 Pers. , 2 Schlafz. 5 Sterne ab 60,00 EUR / Nacht	Ferienwohnung Anita IV Erdgeschoss DTV Zertifiziertes Objekt mit 5 Sternen 🚫 ☂ 🚗 🚗 🚗 @

Alle Objekte unter www.vermietung-norddeich.de

Unser Kontaktdaten

Christian Kuhlmann
Am Markt 2, 26506 Norden
Telefon: 04931 - 8 20 40 75, Telefax: 04931 - 8 20 40 78
Mobil: 0152/54 08 24 41, E-Mail: info@vermietung-norddeich.de

Unsere Bürozeiten

Montags bis Freitags 9:30 Uhr – 13:00 Uhr
Montags bis Freitags 15:00 Uhr bis 17:00 Uhr
Samstag und Sonntags nur bedingt erreichbar
(An- & Abreisen)

Kostenlose Google-Analyse im Wert von 179 Euro

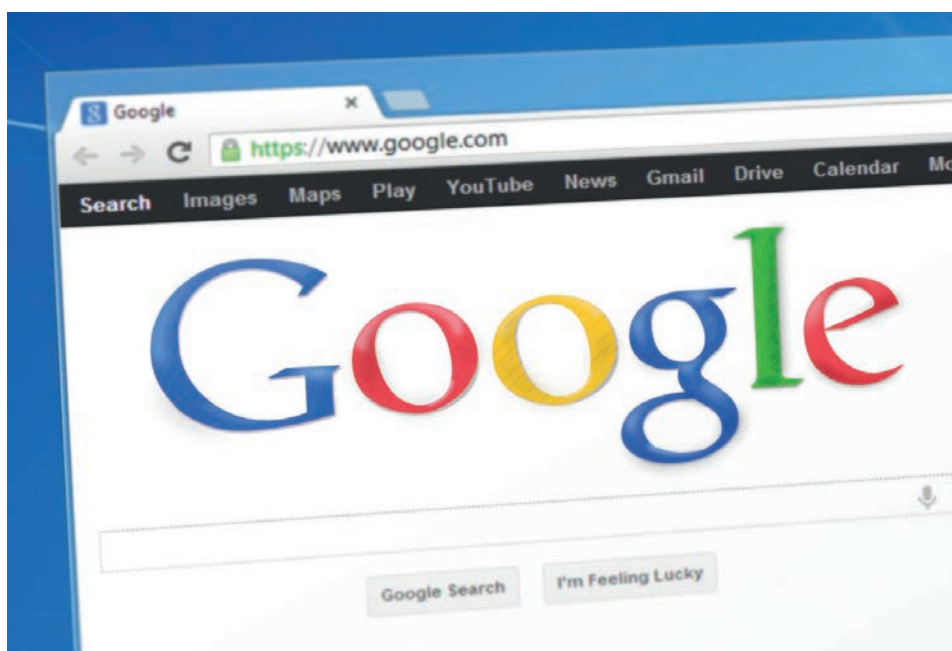
Durch Suchmaschinenoptimierung Wettbewerbsvorteil sichern

Unternehmen sind dann dauerhaft erfolgreich, wenn sie die Pflege ihrer Bestandskunden mit einer effizienten Neukundenakquise verknüpfen. Im Zeitalter der digitalen Transformation heißt das, auch im Internet dauerhaft für seine Kunden präsent zu sein – gemäß aktuellen Studien informieren sich 92 Prozent aller Konsumenten im Vorfeld einer Kaufentscheidung über das Internet. Doch wie wird man im richtigen Moment gefunden?

Um das Such- und Kaufverhalten seiner Kunden einschätzen zu können, ist es unerlässlich, Potenziale zu identifizieren und vor allem bei den richtigen Suchanfragen mit der eigenen Webseite gefunden zu werden. Möglich wird das mit effizienter Suchmaschinenoptimierung. Sie versetzt Unternehmen in die Lage, mit einer bereits bestehenden Webseite aus den Potenzialen Tausender Suchanfragen zu schöpfen. Wer hier an prominenter Stelle gefunden wird, sichert sich damit einen entscheidenden Wettbewerbsvorteil. Eine zielgerichtete und ergebnisorientierte Suchmaschinenoptimierung ist daher der Schlüssel, um mit bereits bestehenden Ressourcen seine Sichtbarkeit im Internet auf ein neues Level zu heben.

An der richtigen Stelle „gefunden werden“

Erfahrungsgemäß ist es vor allem die erste Seite der organischen Google-Suchergebnisse, auf der die meisten Nutzer mit ihrer Suchanfrage fündig werden. Für Unternehmen gilt es deshalb, genau hier präsent zu sein und zwar mit einem Angebot, das möglichst passgenau zur Suchanfrage der kaufinteressierten Person passt. Um herauszufinden, welche Suchbegriffe im Zusammenhang mit der jeweiligen Dienstleistung am häufigsten eingegeben werden, führt das Experten-Team umfangreiche Marktanalysen durch und identifiziert Neukundenpotenziale anhand von individuell durchgeführten Wettbewerbs- und Sichtbarkeitsanalysen. Auf dieser Grundlage werden kaufmännisch relevante Suchbegriffe empfohlen und auf der Bestandswebseite des



Kunden optimiert. Gleichzeitig erfährt man in diesem Zusammenhang auch jede Menge über die Online Marketing Strategie von Konkurrenzunternehmen – diese werden in den Analysen der OMB AG Online.Marketing.Berater. ebenfalls erfasst und ausgewertet. Um nun die Relevanz der eigenen Webseite für die Suchmaschine – in Deutschland ist Google mit seinem Marktanteil von 95 Prozent hier weiter federführend – zu erhöhen, bedarf es einer Mixtur aus OnSite- und OffSite-Maßnahmen. Hier ist die Erstellung von individuellem Content, also hochwertigen, textlichen Inhalten, die auf das jeweilige Unternehmen und auch auf die zu erwartende Suchanfrage des Kunden abgestimmt sind, maßgeblich.

Webseite als Betriebsmitarbeiter

Aus den insgesamt über 200 Rankingkriterien, die Google Webseitenbetreibern inzwischen auferlegt, ist die Erstellung von individuellen und auf Mehrwert ausgerichteten Texten eines der wichtigsten und zielführendsten Kriterien. Denn nur wer den Besucher auf seiner Webseite mit einer professionellen Ansprache überzeugt,

kann sich das Vertrauen des Kunden und damit auch seine Kaufkraft sichern. Damit betreibt eine Webseite plötzlich rund um die Uhr gezielte Neukundenakquise, ohne dass dafür ein Mensch aktiv werden muss. Optimierte Webseiten haben daran anschließend den Vorteil, dass sie permanent ansprechbar sind, also auch dann, wenn der Vertriebsmitarbeiter aus Fleisch und Blut im Feierabend weilt. Die OMB AG Online.Marketing.Berater analysiert im Rahmen einer ganzheitlichen SEO-Kampagne, welche Suchbegriffe für den Erfolg eines Unternehmens – sowohl lokal als auch überregional – erfolgsversprechend sind. Denn eine Top-Platzierung einer Unternehmens-Seite in Google muss kein Zufall bleiben. ■

Rückfragen:

OMB AG Online.Marketing.Berater.
Hauptsitz:
Berliner Platz 12
97080 Würzburg
Frank Baumeister
fb@online-marketing-berater.com
Tel. +49 (0) 931-260 275 000

Sie wollen doch bestimmt auch nur die Besten!

Mitarbeiter finden, binden, motivieren durch flexible Arbeitszeit

Auf der Wunschliste von Fachkräften im Handwerk stehen flexible Arbeitszeiten. Undenkbar? Nein, sagen einige „Pioniere“ im Handwerk und berichten über Möglichkeiten der Umsetzung.

Später zur Baustelle kommen, weil das Kind erst zur Kita muss? In Arbeitgeber-Bewertungsportalen wie zum Beispiel Kununu stehen Handwerksunternehmen im Ranking auf dem letzten Platz. Auf der Wunschliste von Beschäftigten im Handwerk stehen flexible Arbeitszeiten auf dem ersten Platz. Wie können Handwerksunternehmen ihre Interessen und diesen Wunsch der Beschäftigten besser zusammenbringen?

Um Fachkräfte und Auszubildende aus einer Generation anzulocken, der es wichtiger ist, ein ausgewogenes Verhältnis zwischen Job und Privatleben zu führen, als mehr Geld zu verdienen, müssen attraktive Angebote her, die Unternehmen ganz klar von den Wettbewerbern unterscheiden.

Zugeben, bei Mitarbeitern im Büro ist das wesentlich einfacher als bei Meistern und Monteuren. Flexible Arbeitszeiten, Home-Office und Kinderbetreuung sind Mangelware im Handwerk.

Familienfreundlichkeit hat inzwischen einen hohen Stellenwert und ist ein wichtiger Faktor bei der Mitarbeiterfindung. Das sagen übrigens 81% aller Beschäftigten. Höchste Zeit also etwas für die Arbeitgeber-Attraktivität zu tun. Einige Handwerksbetriebe nutzen diese Faktoren bereits, um Mitarbeiter zu finden und zu binden.

Warum nicht ab und zu ein Home-Office für den Meister oder Projektleiter? Etwa, um private Termine wahrzunehmen oder um in Ruhe und konzentriert an einem Projekt zu arbeiten. Das spart am Ende Arbeitszeit und bringt bessere Ergebnisse, da es keine oder weniger Störungen und Unterbrechungen bei der Arbeit gibt.

Sicherlich – im Bereich der Montage ist eine flexible Planung schon etwas anspruchsvoller und erfordert mehr Organisation, ist jedoch mit einem Gleitzeit- oder



Autorin: Susanne Lücke, zertifizierte Beraterin, Trainerin, Coach

Jahresarbeitszeitkonto und Festlegung von Kernarbeitszeiten relativ einfach umzusetzen. Dadurch kann beispielsweise spontan ein freier Tag genommen und/oder ein langes Wochenende mit der Familie verbracht werden. Auch früher gehen oder später kommen ist kein Problem. Das hat ein Handwerksbetrieb aus dem Bereich Sanitär mit ca. 40 Mitarbeitern in Nordrhein-Westfalen bewiesen.

Das ist natürlich keine Einbahnstraße, denn die Flexibilität, die der Unternehmer anbietet, gilt für beide Seiten. So ist das Thema Überstunden bei dringenden Projekten, aufwendigen Baustellen und Saisonarbeit kein Thema. Also eine Win-Win-Situation für beide Seiten.

Hierzu das Beispiel eines Landschaftsgärtners mit dem Ziel, keine Mitarbeiter im Herbst zu entlassen und keine Saisonarbeiter einzustellen. Hier die Eckdaten:

- Saisonale Auslastung April – Oktober: in dieser Zeit fallen Überstunden an
- November – März z.B. Räumarbeiten: in der Zeit fallen Minus-Stunden an
- 20 Mitarbeiter: 10 VZ = 40 Std./Mitarbeiter/Woche + 10 TZ = 20 Std./Mitarbeiter/Woche

Die +/- Stunden werden auf dem Arbeitszeitkonto verbucht. In der Zeit von April bis Oktober (Hauptsaison) fallen viele Überstunden an. Diese können im Zeitraum November bis März wieder abgebaut werden.

Das Unternehmen profitiert von bewährten, eingearbeiteten Mitarbeitern, spart Kosten und Zeit für Personalsuche, hat eine größere Flexibilität. Darüber hinaus findet eine langfristige Reduzierung der Überstunden statt. Die Mitarbeiter sind motiviert, kennen die Kunden etc.

Der Vorteil für die Mitarbeiter ist, dass sie viele Wochen zusammenhängend frei haben (Urlaub + Überstunden), durchgehend bezahlt werden und durchgehend sozialversichert sind.

Jetzt werden viele sagen: „Das mag bei den einen klappen, bei uns funktioniert so ein Modell nicht.“ Darauf gibt es die Antwort: „Ein solches Angebot erfordert eine Veränderung und damit ein Umdenken im Unternehmen und ist letztlich eine Frage der Organisation.“ Es braucht Vertrauen und eine offene Gesprächskultur. Wichtig ist, Interessen des Betriebs und der Beschäftigten bestmöglich zu berücksichtigen. Am Ende zählt die Akzeptanz im Alltag.

Unternehmer haben oft Bedenken, dass die Beschäftigten die Arbeitszeit einseitig nach ihren Wünschen auslegen und die Sache aus dem Ruder gerät. Dem kann man leicht entgegenwirken, wenn man die richtigen Rahmenbedingungen schafft und es ganz klare Regeln gibt, an die sich alle von Anfang an halten müssen.

Als zertifizierte Beraterin mit Schwerpunkt betriebliches Gesundheitsmanagement und Arbeitszeitgestaltung unterstütze ich seit vielen Jahren kleine und mittelständische Unternehmen. Dabei ist es nach meiner Erfahrung gar nicht so kompliziert, die für den Betrieb und seine Prozesse passende Regelung zu finden; das gelingt relativ leicht. Es ist eine Chance, die Unternehmen unbedingt nutzen sollten, um langfristig erfolgreich zu sein. ■

Kontaktlos bezahlen statt nach Kleingeld kramen

Die wichtigsten Fragen und Antworten rund ums mobile Bezahlen

Die Bedeutung des Bargelds in Deutschland nimmt immer mehr ab: Mit Scheinen und Münzen wird aktuell nur noch jeder zweite Euro im Einzelhandel umgesetzt - mit sinkender Tendenz. Das ergab eine Studie des Handelsforschungsinstituts EHI. Immer weniger Deutsche wollen also nach Kleingeld kramen, wenn es digital einfacher und sicherer geht. Und tatsächlich haben Millionen Verbraucher mittlerweile die Möglichkeit, im Laden oder online mit dem Smartphone zu bezahlen. Der neu gestartete Bezahlendienst Google Pay beispielsweise macht das kontaktlose Bezahlen mit der Mastercard noch einfacher. Die App wird aufs Handy geladen, die Debit- oder Kreditkarte der teilnehmenden Bank aktiviert - und schon kann es losgehen. Hier sind die wichtigsten Antworten auf Fragen rund ums mobile Bezahlen per Smartphone.

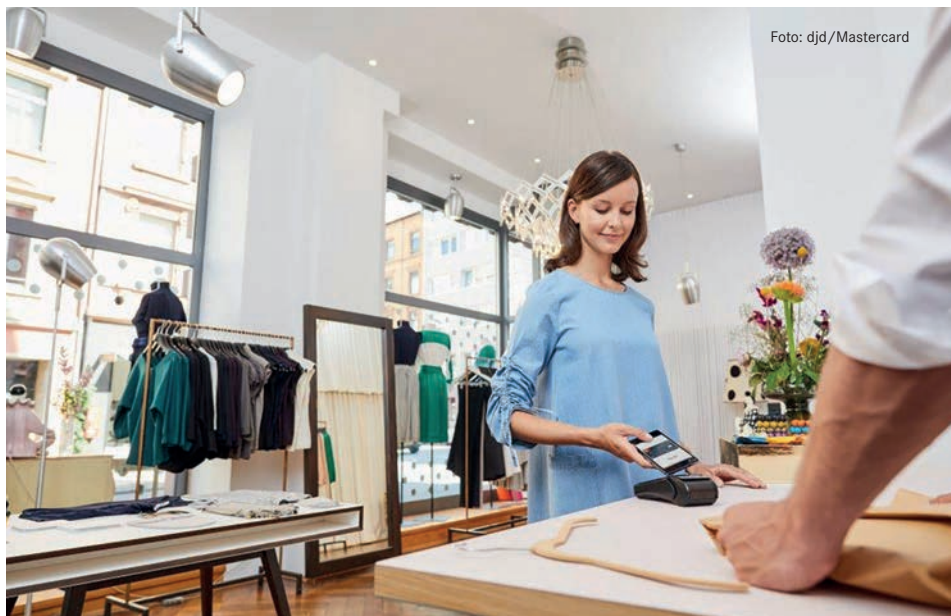


Foto: djd/Mastercard

Millionen Verbraucher haben mittlerweile die Möglichkeit, im Laden oder online mit dem Smartphone zu bezahlen.

Wo kann ich mit dem neuen Bezahlendienst oder anderen Bezahl-Apps bezahlen?

Überall dort, wo man auch kontaktlos mit einer Karte bezahlen kann, ob in Supermärkten, Klamottenläden, Restaurants oder an der Tankstelle - und das auch im Ausland. Zahlen mit dem Smartphone funktioniert nämlich wie bei den kontaktlosen Karten über die Nahfunk-Technologie NFC. Nur das Telefon kurz entsperren, nah an das Kassenterminal halten, fertig.

Wie sicher ist die Zahlung mit dem Smartphone?

Die Kartendaten sind sicher, da mittels Verschlüsselungstechnologie lediglich eine verschlüsselte Zahlenkombination auf dem

Smartphone in Form eines sogenannten Token hinterlegt wird, mit dem die Zahlung verifiziert wird. Diese einmaligen Zahlenkombinationen können nur auf dem Gerät verwendet werden, für das sie generiert wurden. Beim Bezahlen wird ein Token über das Bezahlterminal an die Bank des Nutzers übertragen. Somit haben weder der Händler noch Drittanbieter Zugang zu den vertraulichen Karten- oder Kontoinformationen.

Welche Banken ermöglichen Mobile Payment?

Viele Banken wie die Commerzbank oder die Deutsche Bank ermöglichen bereits seit längerem mobiles Bezahlen in Zusammen-

arbeit mit Mastercard. Nun haben auch die Sparkassen sowie die Volks- und Raiffeisenbanken nachgezogen. Somit kann die Mehrheit der Deutschen inzwischen mobil bezahlen. Mit der digitalen Boon Mastercard offeriert Zahlungsabwickler Wirecard zudem eine Lösung, die bankenunabhängig genutzt werden kann.

Was passiert, wenn man sein Smartphone verliert?

Dann ist noch nicht einmal eine neue Karte notwendig. Denn die Bank muss einfach nur das sogenannte Bezahl-Token für das Handy deaktivieren - eine Sperrung der Karte oder eine Neuausstellung sind dagegen nicht nötig. (djd)

IMPRESSUM

Der Selbständige

ISSN 0946-3224

Offizielles Organ des Bundesverbandes der Selbständigen/Deutscher Gewerbeverband
Hrsgs: Bundesverband der Selbständigen - Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Redaktion: Joachim Schäfer (verantwortlich), Thomas Brüggemann, Anita Schäfer
Layout & © Titel: Joachim Schäfer

Fotos: J. Schäfer, Rita Seiler, Dennis Read, Laurence Chaperon,
Erscheinungsweise: 10 x jährlich
Gerichtsstand und Erfüllungsort: Berlin
Bezugsbedingungen:
Die Zustellung des E-Papers ist durch den Mitgliedsbeitrag zum BDS abgegolten. Bei Nichterscheinen des E-Papers infolge höherer Gewalt bestehen keine Ersatzansprüche.
© by: Bundesverband der Selbständigen

Für unaufgefordert eingesandte Manuskripte, Vorlagen und Zeichnungen übernehmen wir keine Gewähr.

Die Urheberrechte an Annoncen (bei eigener Gestaltung), Entwürfen, Fotos und Vorlagen sowie der gesamten grafischen Gestaltung bleiben Bundesverband der Selbständigen und dürfen nur mit ausdrücklicher, schriftlicher Genehmigung weiterverwendet werden.

Briefe und Manuskripte an:
Bundesverband der Selbständigen - Reinhardstrasse 35, 10117 Berlin
Telefon (030) 280491-0/Fax -11
Internet: www.bds-dgv.de
E-Mail: info@bds-nrw.de
Hinweis: In allen Fällen, in denen die neue Rechtschreibung mehrere Schreibweisen zulässt, wird die von der Dudenredaktion empfohlene Schreibung angewandt.

Baukindergeld als lohnenswerte Unterstützung

Willkommene Förderung bei Neubau oder Kauf

Noch sind nicht alle Details klar - aber das Baukindergeld wird noch im Jahr 2018 kommen. Familien mit mindestens einem Kind erhalten diese geplante Unterstützung bei einem steuerpflichtigen Einkommen von bis zu 75 000 Euro plus 15 000 Euro Freibetrag pro Kind. Lebt der minderjährige Nachwuchs in einer Familie mit Kindergeldanspruch, zahlt der Staat über zehn Jahre pro Kind und pro Jahr 1 200 Euro, und zwar bis zum 25. Lebensjahr des Kindes. Stichtag für den Anspruch ist der 1. Januar 2018. Fest steht schon jetzt, dass der vorerst letztmögliche Termin zur Antragstellung der 31. Dezember 2020 sein wird. Allerdings nur, wenn zum ersten Mal eine Immobilie zur Eigennutzung erworben wird. Im Gegensatz zur früheren Eigenheimzulage stockt das Baukindergeld das Eigenkapital nicht auf. Der noch nicht feststehende Auszahlungsrhythmus - ob monatlich oder jährlich - kann aber in jedem Fall den finanziellen Spielraum für die Zinstilgung erhöhen.

KfW bleibt erste Adresse

Nach wie vor bleibt das KfW-Programm für energieeffizientes Bauen, etwa für ein Ziegelhaus, günstig für eine Finanzierung. Bis zu 100 000 Euro Kreditbetrag fördert die Bank mit einem effektiven Zinssatz von derzeit 1,36 Prozent pro Jahr (Stand August 2018). Mit bis zu fünf tilgungsfreien Anlaufjahren bei 30 Jahren Laufzeit zum Satz von 1,71 Prozent pro Jahr ist dies sehr baufreundlich. Ein Tilgungszuschuss reduziert den Kredit - bei einem KfW-Effizienzhaus 40 Plus etwa sind das bis zu 15 000



Das Baukindergeld ist beschlossen, Anträge sollen bereits 2018 bearbeitet werden. Familien mit Kindern werden für ihre Entscheidung zum Wohneigentum belohnt.

Euro. Außerdem übernimmt die KfW teilweise das Honorar der verpflichtenden Energieeffizienz-Experten. Allerdings zeigt die Erfahrung der letzten Jahre, dass der Bauherr mit sehr hohem finanziellen Aufwand nur wenige hundert Euro Heizkosten pro Jahr spart.

Das ebenfalls geförderte Effizienzhaus 55 stellt deshalb wirtschaftlich die sinnvollste Lösung dar. Es benötigt etwa die Hälfte des Mindeststandards an Energie und ist deutlich kostengünstiger als ein Haus nach KfW-40-Standard. Um den KfW-55-Standard zu erfüllen, genügt dank sehr guter Wärmedämmung eine monolithische Ziegelbauweise ab 36,5 Zentimeter Wandstär-

ke. Eine zusätzliche, kostenintensive Dämmschicht an der Fassade erübrigt sich. Diese Lösung reduziert Bau- und langfristige Instandhaltungskosten.

Ratgeber zeigt Fördermöglichkeiten auf

Experten gehen davon aus, dass die KfW für die Bearbeitung des Baukindergeldes zuständig sein wird. Vor Baubeginn sollte man im Übrigen alle vorhandenen Fördertöpfe ausloten: Regional unterschiedlich können diese beim Land und sogar beim Bürgermeister oder der Kirche stehen. Ein Ratgeber unter www.lebensraum-ziegel.de zeigt weitere Fördermöglichkeiten mit aktuellen Konditionen auf. (djd)

MEHR ALS NUR EINE WERBEAGENTUR!



(0231) 33874133
(0231) 2265788
info@k6-medien.de



Grafikdesign | Webdesign | Softwarelösungen | Business View | IT-Solution

www.k6-medien.de



Ihr Partner

für deutschlandweite Übernachtungen, Veranstaltungen und mehr

kundenorientiert | zuverlässig | partnerschaftlich | kreativ



Attraktive Firmenkonditionen für die Bundesvereinigung mittelständischer Unternehmer e.V.

Ihre Vorteile

- Sie haben einen zentralen Ansprechpartner für alle Maritim Hotels.
- Wir nehmen Ihre Anfrage auf und fragen die Kapazitäten in den gewünschten Hotels für Sie ab, dadurch sparen Sie Zeit und Kosten.
- Wir erstellen zielorientierte, transparente Angebote und Verträge für Sie.
- Wir unterstützen Sie bei der Planung und Organisation Ihrer Veranstaltung inklusive Locationsuche, innovativer Caterings und begleitender Rahmenprogramme.
- Bei Bedarf entwickeln wir individuelle Incentives/ Motivationsprogramme im In- und Ausland für Sie.

Ihre persönliche Ansprechpartnerin:

Sabine Fiebich Verkaufsassistentin

Maritim Hotel Gelsenkirchen
Am Stadtgarten 1
45879 Gelsenkirchen
Telefon 0209 176-1701
sfiebich.vkd@maritim.de

Betriebsstätte der Maritim Hotelgesellschaft mbH
Herforder Straße 2 · 32105 Bad Salzuflen

Mit dem Buchungscode BVMU99 erhalten Sie

- 12 % Rabatt auf alle tagesaktuellen Übernachtungspreise (Tagespreis und Frühbucheypreis) – immer und zu jeder Zeit (gültig für Einzelreisende bis neun Personen, ausgenommen Hotels mit fest vereinbarten Raten).
- ein kostenfreies Upgrade in die nächst höhere Zimmerkategorie inklusive VIP-Treatment für den Referenten, den Vorstand und die Geschäftsführung.
- feste Firmen-Sonderraten im Maritim proArte Hotel Berlin.

Ihre Firmen-Sonderraten 2018

Preise pro Zimmer und Tag exklusive Frühstücksbuffet¹.

Maritim Hotels	Zimmerkategorien					
	Classic		Comfort		Superior	
	EZ	DZ	EZ	DZ	EZ	DZ
Berlin proArte ^{2,3}	104 €	119 €	114 €	129 €	144 €	159 €

¹ Teilnahme am reichhaltigen Maritim Frühstücksbuffet pro Person/Tag: 24 €.

² Die Raten der Superior Kategorie beinhalten die Nutzung der Lounge. Hier stehen ab 6.30 Uhr Frühstück und den gesamten Tag Snacks, Getränke, Kaffee, Tee und andere Annehmlichkeiten zur Verfügung.

³ Ggf. zzgl. lokaler Abgaben auf die Beherbergung.





Ihr Partner für datenschutzkonforme Internetseiten



- Unterstützung rund um das Thema „datenschutzkonforme Internetseite“ mit Beratungsleistung durch unsere Datenschutzbeauftragten
- Aufbau von Webseiten auf Basis von Content Management Systemen
- Programmierung und Aufbau von Online-Shops
- Programmierung und Aufbau von Intranet- / Extranet-Systemen
- Beratung und Unterstützung bei der Suchmaschinenoptimierung
- Individuelle Softwareentwicklung im Webbereich
- Professionelles Webhosting mit persönlicher Kundenbetreuung

Fordern Sie als BDS Mitglied jetzt Ihren kostenlosen
DSGVO Websitecheck an unter: www.cokuna.com/dsgvo
oder telefonisch unter **+49 (0) 800 72 38 318**

cokuna
www.cokuna.com